

Sturz der Monarchie in Deutschland November 1918

	<p>Matrosenrevolte (nach Auslaufbefehl zu letztem sinnlosem Einsatz, um „Ehre“ der Marine zu retten) (Kiel / Wilhelmshaven) (Anfang November 1918)</p>	
Aktivistische Gruppen v.a. Spartakusbund und USPD ideeller Einfluss der russischen Oktoberrevolution von 1917; Begriff der Räte (russ. „Sowiets“) von dort übernommen	<p>Übergreifen auf Großstädte</p> <p>überall spontan ARBEITER- und SOLDATENRÄTE (A&S-Räte)</p> <p>Lage außer Kontrolle gerade auch in der Reichshauptstadt Berlin</p>	
	Hier amtiert seit 3.10.18 der liberal eingestellte Prinz Max von Baden als Reichskanzler (seit 28.10. war die Verfassung die einer parlamentarischen Monarchie)	Kaiser Wilhelm II. bei der OHL im Hauptquartier in Spa/Belgien
In Bayern Sturz der Monarchie schon am 7. 11.1918 – im Unterschied zum Reich Machtübernahme durch den Repräsentanten der USPD in Bayern: Kurt Eisner	<p>9. November</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ 12:00 Uhr: Reichskanzler Max v. Baden gibt – um die demonstrierenden Massen zu beruhigen – Thronverzicht des Kaisers bekannt und übergibt die Geschäfte an Friedrich Ebert (Vorsitzender der SPD) ■ 14:00 Uhr ruft Philipp Scheidemann (SPD) vom Reichstag aus die REPUBLIK aus. ■ 16:00 Uhr versucht der Linkssozialist Karl Liebknecht (Spartakus) die Entwicklung in seine Bahnen zu lenken u. proklamiert vom Schloss aus die <u>sozialistische</u> Republik. 	Wilhelm II. (unter Zureden der <u>Generalität, die bewaffnetes Eingreifen in der Heimat für aussichtslos hält</u>) entschließt sich zum Rücktritt, geht nach Holland ins Exil.
	<p>Pakt Ebert-OHL: Zweckbündnis zwischen revolutionärer Regierung und kaiserlicher Generalität gegen Anarchie / Radikalisierung / Bolschewismus à la Russland. ■ Kaiserl. Generalität/Offiziere akzeptieren die sozialist. Übergangsregierung (also den RdV↓) und schützt diese im weiteren Verlauf gegen linksradikale Aufstände; ■ und die soz. Übergangsreg. akzeptiert die Befehlsgewalt der kaiserl. Offiziere u. Generäle)</p>	
Nicht beteiligt SPARTAKUSBUND (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg), da <u>Ziel: bewaffnete sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats</u>	Durch Absprache zwischen SPD und USPD RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN 3 USPD-Vertreter 3 SPD-Vertreter Vorsitz Friedrich Ebert	notgedrungen Zus.arbeit mit der kaiserlichen Ministerialbürokratie (Fachminister / Verwaltung)
	Entscheidungsfrage: Rätesystem oder Parlamentarismus	
Versuch von Sparta-	bestätigt durch Reichskonferenz der A&S-Räte	

kus, diese Entwicklung durch bewaffnete Aufstände zu verhindern	(19.12.18): Beschluss: Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19.1.1919		
	Also noch mal :		
	E n t s c h e i d u n g s f r a g e		
	RÄTESYSTEM ? Idee: Komitees von Arbeitern, auf dem Land evtl. Landarbeitern + Kleinbauern übernehmen die wirtschaftliche und politische Macht – <u>unter Ausschluss der „Kapitalisten“, d.h. der bürgerlichen Kräfte</u> , entschädigungslose Überführung der Wirtschaft in Gemeineigentum, <u>proletarische Diktatur</u>	PARLAMENTARISMUS? Oberste Instanz Parlament (bzw. daraus hervorgehende Regierung) – gewählt in Wahlen in Konkurrenz aller politischen Gruppierungen ; Entscheidungen (z.B. ob Sozialismus oder nicht?) nur auf Grund einer Mehrheit von Volksvertretern bzw. von Wählern	
Spartakus für reines Räte-system; versucht durch Putschversuche im Dez./Jan. die Entwicklung in seinem Sinn zu beeinflussen (hierbei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Januar 1919 von Freikorpsmitgliedern ermordet)	Linker Flügel der USPD für reines Räte-system	Rechter Flügel der USPD für eine Art Doppelsystem; jedoch zuerst revolutionäre Durchsetzung des Sozialismus, dann Zulassung eines pluralistischen Parlaments	Eberts (und der SPD) Entscheidung für die parlamentarische Demokratie bestätigt durch die Reichskonferenz der A&S-Räte (19.12.18 mit 450 zu 50 Stimmen), d.h. die Rätevertreter stimmen gegen das Räte-system Ebertregierung [USPD inzwischen aus Protest aus der Regierung ausgeschieden] greift gegen die Aufstände <u>mangels zuverlässiger republikanischer Milizen</u> auf Einheiten der alten Armee und auf Freikorps (Mitte März 1919 ca. 250.000) zurück.
	<u>Entscheidungen der revolutionären Übergangsperiode</u> vor Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung: ▪ Staatsform der Republik ▪ Wahlrecht (▪ Verhältniswahlrecht, ▪ Frauenwahlrecht, ▪ Wahlalter 20) ▪ sozialpolitisch: 8-Studententag /kollektive Tarifvereinbarungen / Prinzip der staatlichen Arbeitslosenversicherung/ ▪ keine sofortige Sozialisierung – teils aus pragmatischen Gründen (Versorgung, Produktion), teils aus rechtsstaatlichen Gründen (Ablehnung des Gewaltprinzips, Prinzip der demokratischen Mehrheitseinscheidung)		Nov./Dez. 1918 im liberalen u. konservativen Bereich Parteineugründungen: DDP / DVP / DNVP / daneben weiterhin Zentrum, das bayerische Zentrum ver-selbständigt sich als BVP
	Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19.1.1919 (durch Veränderung des Wahlrechts 2 ½ mal so viele Wähler wie 1912 !)		
	zum Ergebnis siehe Wahlstatistik im Buch!		
	6.2. 1919 Eröffnung in Weimar (2 Gründe, nämlich?)		
im Frühjahr vielerorts bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen mit vielen Todesopfern	31.7.1919 Schlussabstimmung über die Reichsverfassung: 262 (SPD, DDP, Z) : 75 (USPD, DVP, DNVP) (dies die „Weimarer Koalition“)		

